

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Steffen Janich, Dr. Christian Wirth, Marc Bernhard, René Bochmann, Marcus Bühl, Dietmar Friedhoff, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Dr. Michael Kaufmann, Jörn König, Edgar Naujok, Tobias Matthias Peterka, Jan Wenzel Schmidt, Kay-Uwe Ziegler und der Fraktion der AfD

Islamistisches Bedrohungspotential erforschen – Wiedereinsetzung des Expertenkreises Politischer Islamismus dringend notwendig

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Mit dem Antrag „Fortführung des Expertenkreises Politischer Islamismus sicherstellen“ (Drs. 20/3946) forderte die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag Oktober 2022 den im Bundesministerium des Innern bestehenden „Expertenkreis Politischer Islamismus“ als dauerhaftes Fachgremium einzurichten und mit allen notwendigen Mitteln bestmöglich bei seiner Arbeit zu unterstützen. Die Mehrheit des Deutschen Bundestages verweigerte sich dieser Forderung und lehnte den Antrag ab.

Über ein Jahr später zeigt sich nun in besonderer Deutlichkeit, wie wichtig die fortgeführte Betrachtung des Politischen Islam an relevanter Stelle wäre. Denn der 7. Oktober 2023 stellte nicht nur in Israel, sondern auch in Deutschland eine Zäsur dar und zeigte die drohenden Gefahren, die vom Islamismus ausgehen, in besonderer Klarheit und Grausamkeit. Aus Israel erreichten uns die zutiefst erschütternden Nachrichten vom Angriff der palästinensischen Terrororganisation Hamas auf israelisches Territorium, bei dem über 1.400 Menschen auf teils barbarische Weise ihr Leben ließen. Mehr als 200 weitere Menschen wurden in den Gazastreifen verschleppt.

Infolgedessen kam es auf deutsche Straßen und in Asylunterkünften in den folgenden Tagen zu antisemitischen Demonstrationen und Freudenbekundungen erheblichen Ausmaßes, wodurch das Potential des Politischen Islamismus in Teilen offengelegt und ein erschreckendes Gesicht bekam.

Von der Politik kamen die üblichen Betroffenheits-Reaktionen. Nur an konsequenten Taten zur Abstellung dieses Phänomens mangelt es. Und gleichzeitig wird im Rahmen der nach wie vor ungebremsten Massenmigration weiter islamistisches Bedrohungspotential nach Deutschland importiert.

Zugleich suchen extremistische, radikal-islamische Organisation, deren Wirken sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richtet, immer stärker den Weg in die Öffentlichkeit. Dies wurde u. a. auf einer von „Muslim Interaktiv“ veranstalteten Demonstration Ende April 2024 in Hamburg deutlich, an der weit

über 1.000 islamistische Demonstranten teilnahmen und bei der die Errichtung eines Kalifats und die Einführung der Scharia in Deutschland gefordert wurde. In der Herrschaftsform des Kalifats gibt es weder eine Gewaltenteilung, noch ist eine Trennung von Staat und Religion vorgesehen. Von den Organisatoren der Hamburger Demonstration wurde immer wieder zu „Allahu Akbar“-Rufen („Gott ist groß“) aufgefordert. Teilweise wurden die Fahnen des Islamischen Staats, von „Al-Kaida“ sowie „Hizb ut-Tahrir“ gezeigt. Bei mehreren Veranstaltungen im Vorfeld zeichnete sich ein ähnliches Bild.

Es ist daher höchste Zeit, sich dem Thema wieder in aller Ernsthaftigkeit anzunehmen, auf den Expertenrat zu hören und den Worten letztlich auch Taten folgen zu lassen. Der Migrations-Experte Prof. Ruud Koopmans kritisierte: „Es ist skandalös. Allgemein in der Politik, aber besonders in der Bundesregierung, wird das Problem Islamismus nicht ernst genug genommen.“ Vor allem hätte die Regierung „keine Empfindung dafür, dass es um mehr geht als um islamistische Gewalt wie dem Islamischen Staat. (...) Stattdessen darf ein Akteur wie Aiman Mazyek prominent auf einem Empfang des Außenministeriums auftreten – das ist ein Mann eines Verbandes, dessen wichtigster Mitgliedsverein ATIB vom Verfassungsschutz als mitgliederstärkste rechtsextreme Organisation Deutschlands bezeichnet wird. Da fragt man sich: Wie ernst ist es der Bundesregierung mit Rechtsextremismus und Islamismus überhaupt?!“¹ Auch der Islamwissenschaftler Mouhanad Khorchide zeigte sich enttäuscht, mahnt die Sensibilisierung von Politikern an und sieht die „Dringlichkeit für eine Dokumentationsstelle in Deutschland“.²

Angesichts einer nicht zu unterschätzenden Dunkelziffer an politisch-religiösen Miteiferern darf das Potential der Bedrohung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch den Islamismus nicht unterschätzt werden. Der Politische Islam bedroht die Freiheit und die Sicherheit aller Deutschen. Wir müssen uns dem Thema daher stellen. Und das bedeutet, das Problem zunächst einmal richtig erkennen und zu analysieren. Hierbei kommt dem Expertenkreis Politischer Islamismus eine besonders wichtige Rolle zu.

2. Der Expertenkreis Politischer Islamismus des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) analysierte – laut Selbstdarstellung des BMI – aktuelle und sich wandelnde Erscheinungen des politischen Islamismus aus wissenschaftlicher Perspektive und entwickelt Handlungsempfehlungen.³

Dieser Expertenkreis wurde 2021 vom damaligen Bundesinnenminister für die Dauer von zunächst einem Jahr eingerichtet. Horst Seehofer begründete damals den Schritt wie folgt:

„Wir müssen entschlossen gegen jede Ideologie vorgehen, die sich gegen die Werte und Normen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung richtet. Es ist wichtig, dass nicht nur gewalttätige Formen von Extremismus, sondern auch solche, die sich ideologischer Mittel bedienen, als Gefahr für die Werte unseres Landes erkannt und identifiziert werden. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die neben den Sicherheitsbehörden viele staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen fordert. Der Expertenkreis ist damit ein weiterer Teil des Gesamtansatzes zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus, in dem polizeiliche Maßnahmen durch Prävention komplettiert werden.“⁴

¹ Vgl. www.bild.de/politik/inland/politik-inland/faesers-nebelkerze-gegen-islamismus-fachtag-statt-expertenkreis-82837822.bild.html

² ebenda

³ www.bmi.bund.de/DE/themen/sicherheit/extremismus/islamismus-und-salafismus/politischer-islamismus/epi-artikel.html

⁴ www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2021/06/expertenkreis-politischer-extremismus.html

Der Islamismus ist und bleibt eine ernstzunehmende Bedrohung in Deutschland: für das Wohlergehen und die freiheitliche Lebenskultur seiner Bevölkerung sowie für wesentliche Grundprinzipien wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Ein Blick auf die Statistik zeigt, welche Gefahr vom Islamismus allein in Deutschland ausgeht:

Laut Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz für das Jahr 2023 fallen 27.200 in Deutschland lebende Personen in den Bereich „Islamismus/islamistischer Terrorismus“. Die größte Gruppe hierunter bilden mit mehr als 10.500 Personen die Salafisten.⁵

Bei deutschen Sicherheitsbehörden waren zum Ende 2021 554 islamistische Gefährder und 526 relevante Personen erfasst⁶ – dreimal so viele wie links- und rechtsextremistische Gefährder zusammengenommen.

Am sichtbarsten wird die Bedrohungslage, wenn der politische Islamismus im Terrorismus mündet. Die Bilanz für Deutschland ist erschreckend. Beispielfhaft sind hier zu nennen:

- 06.09.2024: Ein Albaner mit Sympathien für die Terrororganisation „Islamischen Staat“ stürmt die Polizeiwache in Linz am Rhein und wollte dort mutmaßlich mit einer Machete ein Blutbad unter den Polizisten anrichten.
- 05.09.2024: Ein bekannter Islamist bosnischer Herkunft greift zum Jahrestag des Olympia-Attentats 1972 das israelische Konsulat in München mit einem Gewehr mit aufgefplantem Bajonett an. Er eröffnet das Feuer auf einen dortigen Wachpolizisten.
- 03.09.2024: In Darmstadt überfährt ein PKW-Fahrer mit afghanischem Migrationshintergrund mehrere rote Ampeln, steuert auf Passanten zu, die sich in letzter Sekunde retten können und rammt anschließend ein anderes Fahrzeug, dessen Fahrer schwer verletzt wird. Der Täter gab an, „im Auftrag Allahs“ gehandelt zu haben.
- 23.08.2024: Auf einem Stadtfest in Solingen greift ein 26-jähriger Syrer aus islamistischen Motiven mehrere Personen mit einem Messer an. Er tötet dabei drei Menschen und verletzt acht weitere teilweise lebensgefährlich. Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ reklamierte die Tat für sich.
- 31.05.2024: Ein mutmaßlich 25-jähriger Afghane attackiert bei einem Stand der „Bürgerbewegung Pax Europa“ auf dem Mannheimer Marktplatz mehrere Menschen mit einem Messer und verletzt sechs von ihnen zum Teil lebensgefährlich. Einen Polizisten traf der Angreifer im Bereich des Kopfes, so dass der Beamte später seinen Verletzungen erlag.
- 9./18. April 2023: Ein Täter tötete in Duisburg mit einem Messer eine Person und verletzte teils lebensgefährlich vier weitere Menschen. Er reklamierte für sich, im Auftrag des IS gehandelt zu haben.
- 8. September 2022: Ein Mann geht in Ansbach mit zwei Messern bewaffnet wahllos auf Menschen los. Er verletzte einen 17- und einen 20-Jährigen, schrie dabei „Allahu Akbar“ und wurde von Polizisten erschossen.
- 6. November 2021: Ein 27-jähriger Syrer greift in einem Zug zwischen Regensburg und Nürnberg drei Passagiere mit einem Messer an. Drei Verletzte.
- 4. Oktober 2020: Ein 20-jähriger Syrer attackiert in der Dresdner Altstadt zwei Männer mit einem Messer. Er gilt als Sympathisant des „Islamischen Staates“. Ein Toter, ein Verletzter.

⁵ Bundesministerium des Innern und für Heimat: Verfassungsschutzbericht 2023.

⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD, BT-Drucksache 20/1572

- 18. August 2020: Ein 30-jähriger Iraker verursacht aus islamistischen Motiven eine Unfallserie auf der Autobahn A100 in Berlin. Sechs Verletzte.
- 27. April 2020: Anschlagsserie auf türkischstämmige Personen in Waldkriburg durch einen 25-Jährigen, der sich selbst als IS-Anhänger bezeichnete. Sechs Verletzte.
- 28. Juli 2017: Angriff mit einem Messer in einem Lebensmittelgeschäft in Hamburg; Tatverdächtiger gilt als Sympathisant des „Islamischen Staates“. Ein Toter, sechs Verletzte.
- 19. Dezember 2016: Angriff mit einem Lkw auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin. Der „Islamische Staat“ bekannte sich wenig später zu der Tat. 13 Tote, 61 Verletzte.
- 24. Juli 2016: Sprengstoffanschlag durch Selbstmordattentäter in Ansbach; der Attentäter war mutmaßlich Sympathisant des „Islamischen Staates“, der den Anschlag für sich reklamierte. Ein Toter (Täter), 14 Verletzte.
- 18. Juli 2016: Angriff mit Hieb- und Stichwaffe in einem Regionalzug bei Würzburg; der „Islamische Staat“ reklamierte den Anschlag für sich. Ein Toter (Täter), fünf Verletzte.
- 16. April 2016: Sprengstoffanschlag auf einen Tempel der Sikh-Gemeinde in Essen; die Tatverdächtigen sind mutmaßliche Sympathisanten des „Islamischen Staates“. Drei Verletzte.
- 26. Februar 2016: Messerattacke in Hannover auf einen Polizeibeamten; die Tatverdächtige ist Sympathisantin des „Islamischen Staates“. Ein Verletzter.⁷

Der Verfassungsschutz vermutet, dass viele Attentäter, die Taten in Deutschland verübten, auch in islamistischen Vereinigungen in Deutschland organisiert waren.⁸

Die Terrorismusabteilung des Generalbundesanwalts hat vom 1. Januar 2020 bis zum 1. Juli 2022 insgesamt 757 Ermittlungsverfahren im Bereich Islamistischer Terrorismus eingeleitet. Im Bereich Rechtsterrorismus wurden seitdem 26 Verfahren neu eingeleitet, im Bereich Linksterrorismus 17 Verfahren. Innerhalb dieser drei „Phänomenbereiche“ machten die Verfahren zum islamistischen Terrorismus demnach knapp 95 Prozent aus.⁹

Der Generalbundesanwalt Peter Frank sagte: „Der islamistisch motivierte Terrorismus dominiert unsere Arbeit nicht nur zahlenmäßig. Auch in der Sache zeigen diverse Verfahren, dass die Gefahr durch islamistische Anschläge im Inland fortbesteht.“¹⁰

Vor diesem Hintergrund ist jede Verharmlosung oder Beschwichtigung des politischen Islamismus unangebracht und sicherheitsgefährdend. Ein Mitglied des Expertenkreises, der Würzburger Staatsrechtler Kyrill-Alexander Schwarz, erklärte, dass es sich mutmaßlich um eine „politische Entscheidung“ handle, das Gremium nicht fortzuführen. Die alleinige Fokussierung der amtierenden Bundesinnenministerin auf den Rechtsradikalismus wird der Bedrohungslage nicht gerecht.¹¹

⁷ www.tag24.de/nachrichten/politik/international/terror/zehn-anschlaege-seit-2016-in-deutschland-doch-faesser-lehnt-weitere-islamismus-untersuchung-ab-2601271

⁸ www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html, Stand, 08.03.2022.

⁹ www.welt.de/politik/deutschland/article239937699/Generalbundesanwalt-Bedrohung-durch-islamistischen-Terrorismus-am-groessten.html

¹⁰ ebenda

¹¹ www.tag24.de/nachrichten/politik/international/terror/zehn-anschlaege-seit-2016-in-deutschland-doch-faesser-lehnt-weitere-islamismus-untersuchung-ab-2601271

In der am 19.09.2022 erfolgten Anhörung des Bundestagsausschusses für Inneres und Heimat zum Thema der Finanzierung des Islamismus wurde dieses Problem noch einmal deutlich. Mehrere Sachverständige lenkten das Augenmerk weg von der Gefährlichkeit des Islamismus und sprachen über eine vermeintlich zunehmende gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gegen Muslime, welcher entgegengewirkt werden müsse. Die Muslimischen Gemeinden als Ganzes stünden unter Generalverdacht. Das größte Problem sei letztlich die Islamophobie, nicht der Islamismus selbst.¹² Vertreter dieses Narrativ legen nahe, dass hierbei auch das Grundrecht auf freie Religionsausübung gefährdet sei. Die Anmahnung einer Grundrechtsverletzung gegen Muslime bringt immer mehr politische Akteure in Deutschland in eine Position der Beschwichtigung und Unterwerfung gegenüber den Wünschen der Islamverbände. So forderten in o. g. Anhörung wieder mehrere Sachverständige, als Behelf gegen den wachsenden Islamismus, die Finanzierung von Moscheegemeinden durch den deutschen Staat, die Aushandlung von Staatsverträgen, sowie die Anerkennung von islamischen Gemeinschaften als Körperschaften des öffentlichen Rechts.¹³ Andere Sachverständige verwiesen hingegen auf das Scheitern solcher Bemühungen in Hessen und Hamburg.¹⁴

Der Islamkritiker Ahmad Mansour äußerte bereits 2021: „Die Tabuisierung der Debatten über den Islam und die reflexhafte Einordnung von kritischen Stimmen in die rechte Ecke, vergiftet die Diskurskultur, bedroht die Meinungsfreiheit. Am meisten leiden darunter ausgerechnet Muslime.“¹⁵

Der Bundeshaushalt 2021 sah für „Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (Programm „Demokratie leben!“) Ausgaben von gut 150 Millionen Euro vor, für 2022 etwa 160 Millionen Euro¹⁶, für 2023 bereits 182 Millionen Euro¹⁷. Auch für 2024 sind wieder 182 Millionen Euro vorgesehen.¹⁸ Dieses insgesamt mit einem Finanzvolumen von gut einer Milliarde Euro ausgestattete Bundesprogramm wendet sich gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit, jedoch nicht gegen politischen Islamismus.

Und auch im Diskussionspapier des Familien- und Innenministeriums zum angekündigten „Demokratiefördergesetz“, mit dem die Koalition die Leitlinien für eine Bekämpfung von Extremismus legen will und das noch in diesem Jahr beschlossen werden soll, kommt der Islamismus als Bedrohung nicht vor. Bisher werden in diesem Zusammenhang lediglich „Islam- und Muslimfeindlichkeit“ genannt.¹⁹

Es ist daher sinnvoll, dass künftig die im Bundeshaushalt für den Kampf gegen Extremismus zur Verfügung gestellten Finanzmittel an das statistisch dokumentierte Bedrohungspotential angepasst werden und somit mindestens ein Drittel aller Finanzmittel zukünftig für den „Kampf gegen den politischen Islam“ verwendet werden.

Der Sozialwissenschaftler Ruud Koopmans sagte, dass ihn die Entscheidung zur Auflösung des Expertengremiums bestürze. Die Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam, Susanne Schröter, warnte: „Wir haben so viele Probleme in Schulen.“ In manchen Milieus sei eine „totale Ablehnung der deut-

¹² Sachverständige Gardi, 20(4)103 F, Sachverständiger Prof. Dr. Rohe, 20(4)103 A

¹³ Sachverständige Gardi, 20(4)103 F, Sachverständiger Dr. El Difraoui 20(4)103 H

¹⁴ Sachverständiger Heinisch, 20(4)103 B, Sachverständiger Prof. Dr. Khorchide, 20(4)103 G, Sachverständige Schönenbach, 20(4)103 D

¹⁵ www.focus.de/politik/meinung/an-euch-woke-helden-eure-billige-empowerung-bringt-muslimen-in-deutschland-gar-nichts_id_13565297.html

¹⁶ www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/projektideen-fuer-demokratiefoerderung-gesucht-199880

¹⁷ Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2023, Titel 684 04

¹⁸ Entwurf zum Bundeshaushaltsplan 2024, Einzelplan 17

¹⁹ <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2022/islamismus-fuer-regierung-unwichtig/>

schen Gesellschaft“ festzustellen. All dies müsse „behandelt und eingefangen werden“.²⁰ Die deutsche Journalistin und Feministin Alice Schwarzer hält den Islamismus gar für eine „politische Gefahr im Weltmaßstab“.²¹

Bereits im Antrag der AfD-Fraktion zum Thema „Finanzierung des Islamismus austrocknen“, BT-Drucksache 20/1020, wurde weitsichtig eine Fortführung des im Bundesministerium des Innern und für Heimat bestehenden „Expertenkreis Politischer Islamismus“ als dauerhaftes Fachgremium gefordert.

Der vorgenannte Antrag wendet sich gegen die oft intransparenten Finanzierungsstrukturen von Islamverbänden, die mit ihren Moscheegemeinden häufig Quelle der Radikalisierung junger Menschen sind. Eine Radikalisierung, die nicht nur zur Ablehnung rechtsstaatlicher Strukturen, sondern in der Spitze eben auch zu Gewalt gegen Andersgläubige und Terrorismus führt.

In Deutschland gibt es 960 Islamverbände.²² Die meisten Islamverbände, Moscheeverbände und muslimische Dachverbände in Deutschland gehören der 2006 gegründeten Deutschen Islamkonferenz (DIK) an. Diese versteht sich als Dialogforum zwischen deutscher Politik, Verwaltung und den in Deutschland lebenden Muslimen. Der Islamexperte Hamed Abdel-Samad trat im November 2020 aus eben dieser DIK aus. Er konfrontierte den ehemaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer, in einem an diesen gerichteten, offenen Brief, mit den Worten: „Der Staat biedert sich an die Vertreter des politischen Islam in dieser Konferenz an und ignoriert alle Warnungen und Vorschläge der kritischen Stimmen.“ Hierzu zählt u. a. die mögliche Radikalisierung junger Muslime in Islamverbänden, Moscheeverbänden und muslimischen Dachverbänden in Deutschland. Hamed Abdel-Samad kritisiert u. a., dass die Bundesregierung den „Einfluss extremistischer Verbände auf die Imam-Ausbildung in Deutschland ausbaue und finanziere.“²³

Auf Hinweise zur zunehmenden Radikalisierung von Muslimen in und durch Islamverbände und deren Finanzierung durch den Bund, ging schon Horst Seehofer nicht ein. Die amtierende Bundesinnenministerin setzt diese leidliche Entwicklung nun fort.

In Nordrhein-Westfalen sind dem Verfassungsschutz zurzeit 114 Moscheen als Anlaufstellen von Islamisten bekannt. Die Zahl sei im Vergleich zu 2021 konstant geblieben, heißt es in der Antwort des Innenministeriums (Drucksache 17/14971) auf eine Anfrage der AfD im Landtag.

2022 schätzte das Innenministerium die Zahl der Moscheevereine im Land auf 850 bis 1000. Im Visier des Verfassungsschutzes waren damals laut Ministerium vor allem Moscheen mit salafistischem Hintergrund. Der Salafismus gilt als eine ultrakonservative Strömung innerhalb des Islams.²⁴

Im Jahr 2012 hat das Land Hamburg Staatsverträge mit den muslimischen Verbänden im Land unterzeichnet. Damals hieß es, die Staatsverträge seien ein Symbol dafür, dass die muslimischen Gemeinden anerkannt würden.²⁵ Den Islamverbänden wurde diese Kooperation mit erheblichen finanziellen Zuwendungen schmackhaft gemacht.

²⁰ www.tag24.de/nachrichten/politik/international/terror/zehn-anschlaege-seit-2016-in-deutschland-doch-faesser-lehnt-weitere-islamismus-untersuchung-ab-2601271

²¹ www.deutschlandfunk.de/alice-schwarzer-islamismus-ist-eine-politische-gefahr-im-100.html

²² www.ditib.de/default1.php?id=5&sid=8&lang=de, Stand, 01.03.2022.

²³ www.welt.de/politik/deutschland/article220087294/Islamkonferenz-So-antwortet-Seehofers-Haus-auf-Kritik-von-Abdel-Samad.html, Stand, 01.03.2022.

²⁴ www.zeit.de/news/2022-08/10/114-moscheen-als-anlaufstellen-von-islamisten-bekannt?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

²⁵ www.deutschlandfunk.de/neun-jahre-staatsvertraege-in-hamburg-ein-meilenstein-fuer-100.html

Der Islamkritiker Abdel Samad sagte, dass die Unterstützung dieser Islamverbände und der Islamkonferenz eine „Veruntreuung von deutschen Staatsgeldern und eine Gefahr für die innere Sicherheit Deutschlands“ sei.

Viele mit dem Staatsvertrag erhoffte Resultate der Integration von Muslimen in die deutsche Kultur blieben aus. Beispiel Islamisches Zentrum Hamburg (IZH): Das IZH tauchte schon seit Jahren in den Hamburger Verfassungsschutzberichten auf. Unter anderem, weil das IZH bis 2018 zu der jährlichen, teils antisemitischen Al-Quds-Demonstration in Berlin aufgerufen hatte. Zu lange schaute der Staat hier tatenlos zu. Erst am 24.07.2024, und damit viel zu spät, erfolgte das längst überfällige Verbot durch das Bundesinnenministerium.²⁶

Derweil wächst die islamistische Szene in Hamburg weiter an. Die Zahlen von Salafisten und Dschihadisten steigen. Sie treffen sich in Cafés und Restaurants, sammeln Spenden für ihre Sache, veranstalten Demonstrationen. Der Verfassungsschutz versucht, die Szene im Blick zu behalten.²⁷

Das IZH integrierte, ähnlich wie viele andere Islamverbände bzw. Moscheegemeinden immer noch, Zuwanderer nicht in die deutsche Gesellschaft, sondern in gefährliche Parallelgesellschaften.

Frankreichs Staatspräsident Emanuel Macron sprach gar von Gegengesellschaften. Der radikale Islamismus führe „zur Verleugnung der Gesetze der Republik, zur Verharmlosung der Gewalt“ und habe „einige unserer Bürger, einige unserer Kinder, dazu veranlasst hat, das Schlimmste zu wählen oder zu glauben, dass das Schlimmste zur Selbstverständlichkeit geworden ist“. Das schaffe die Bedingungen für politischen Missbrauch, für gewalttätige Übergriffe, und münde im islamistischen Terrorismus.²⁸

Daher gilt es, weiterhin ein hohes Augenmerk auf die Entwicklung des Politischen Islamismus in Deutschland zu legen, zu Grunde liegende Probleme grundlegend und schonungslos, aber vor allem ohne politisch-ideologische Scheuklappen zu analysieren und sodann zielgerichtete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Ein Baustein hiervon ist der Expertenkreis Politischer Islamismus im BMI. Wir brauchen keine Kultur des Wegsehens, sondern konsequentes Handeln zum Schutze und zum Wohl Deutschlands.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. den „Expertenkreis Politischer Islamismus“ im Bundesministerium des Innern und für Heimat als dauerhaftes Fachgremium einzurichten und mit allen notwendigen Mitteln bestmöglich bei seiner Arbeit zu unterstützen;
 2. bei der Bekämpfung von Extremismus den Fokus auf das tatsächliche und statistisch dokumentierte Bedrohungspotential zu legen und alle Budgets und Maßnahmen hieran zu orientieren;
 3. dem Bundestag einen Bericht über die Ergebnisse des Wirkens des Expertenkreises vorzulegen und den Abgeordneten die daraus folgend ergriffenen Maßnahmen darzulegen.

Berlin, den 6. September 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

²⁶ Pressemitteilung des BMI v. 24.07.2024 „Finanzierung einer Broschüre zur Verhinderung von Abschiebungen durch die Bundesregierung“

²⁷ ebenda

²⁸ www.rtf1.de/news.php?id=27057

